

missing-link-institut
patterns which connect
wissen • fragen • denken • verdichten • komponieren • handeln
[MATRIX] • Beratung • Coaching • Psychotherapie

Prof. em. Dr. **Peter-W. Gester** • Dipl.-Psych.

3000 rue de la haute Coinche
La Grange des Aulnes
F-88100 Coinches
info@pwgester.de
00 33 3 29 56 97 48
00 49 15 15 888 24 13

31. 7. 2016

**An den Vorstand der DGSF,
die Geschäftsstelle der DGSF,
und die Mitglieder der AG GP in der DGSF,**

**Sehr geehrter Herr Dr. Caby, sehr geehrter Herr Dr. Hermans, sehr geehrter
Herr Korritko, sehr geehrte Frau Prof. Nicolai, sehr geehrte Frau Prof. Zwicker-
Pelzer,
lieber Bernhard und Kolleginnen,
lieber Jochen, liebe KollegInnen aus der AG GP,**

ich freue mich, dass es der DGSF mit der AG Gesellschaftspolitik gelungen ist, das Thema Seven-Sisters-Komplex (Neoliberalismus, Postdemokratie, Governance, Privatisierung, Lobbyismus, Big Data, Mediokratie) prominent und umfangreich als eigene Themengruppe auf der Jahrestagung in Frankfurt zu verankern und dann für die Jahrestagung 2017 in München noch durch das Kongressthema „Systemiker mischen sich ein“ zu fokussieren. Diese vom Vorstand unterstützte Platzierung der Themen des Seven-Sisters-Komplexes ist in dieser Fokussierung ein Novum im therapeutischen Berufsfeld und diskursiver Reflex auf gesellschaftliche Ungleichheiten, Ungerechtigkeit und Freiheitseinschränkungen mit seinen desaströsen Auswirkungen auf die psychosozialen und gesundheitswissenschaftlichen Berufsfelder.

Ich begrüße dieses Schwerpunktthema ausdrücklich, zumal ich diese Themen im Rahmen des psycho-sozialen und gesundheitswissenschaftlichen Feldes durch die gesellschaftlichen Entwicklungen mehr als überfällig einschätze.

Aber aus meiner Sicht leitet sich daraus auch die gleichzeitige Verpflichtung ab, dass die DGSF die vorhandenen Strukturen und Auswirkungen des Seven-Sisters-Komplex nicht nur in der verbandlichen Außenwelt, sondern parallel synchron in der verbandlichen Innenwelt beleuchtet und analysiert und auf Augenhöhe und ergebnisoffen mit der Mitgliedschaft diskutiert. Anschließend sollten diese Ergebnisse in strukturelle, innerverbandliche Verbesserungen zur verbandlichen Demokratisierung überführt und ebenfalls in der Satzung und Struktur des Verbandes verankert werden.

Diese innerverbandliche Reflexions- und Diskussionsebene ist nach meinerseits

Auffassung der außerverbandlichen Reflexions- und Analyseschiene mindestens gleichrangig beizuordnen.

Aber nach meinen bisherigen Erfahrungen im Verband scheint die binnenbezogene Politik eher so zu sein, dass sich die Mitglieder im besten Fall mit „good governance“ Formen, wie Particitainment, Politainment, Infotainment, Edutainment zufrieden geben sollen.

Bzgl. vorstandsgeförderter Bestrebungen strukturell verankerter Partizipation und Entscheidungsteilung habe ich bisher keine Beobachtungen machen können.

Es scheint eher so, dass die Entscheidungs- und Funktionseliten diese innerverbandliche und selbstrückbezügliche Reflexion einschließlich daraus folgender struktureller verbandlicher Veränderung nicht nur nicht besonders favorisieren, sondern eher zu tabuisieren und zu vermeiden suchen, zumindest aber kontrollieren wollen.

Wie gerade an dem anschwellenden „Bocksgesang“ terroristischer Aktivitäten (Zizek [2013](#), [2015](#)) in Frankreich und Deutschland, ebenso, wie an allen möglichen anderen Entwicklungen der „Negativen Moderne“ ([Hillenkamp 2016](#)) oder der „regressiven Moderne“ und der „Abstiegsgesellschaft“ ([Nachtwey 2016](#)) abzulesen ist, lässt sich in der heutigen Epoche gar nichts mehr vermeiden, tabuisieren oder kontrollieren, obwohl genau das nach wie vor das Ziel von „good governance“ als moderner „Regierungskunst“ ([Bröckling et al. 2004](#)) ist. Aus meiner Sicht helfen stattdessen nur radikale, enttabuisierte Kommunikations- und Diskussionsangebote auf Augenhöhe an alle Beteiligten. Natürlich ist es immer leichter, mit dem Zeigefinger auf andere zu verweisen und die Mehrheit der Finger, die dabei auf den Zeiger zurückverweisen, zu unterschlagen.

(Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die deutsche Bevölkerung den politischen Parteien und deren Entscheidungseliten mittlerweile mehr misstraut als dem islamischen Terror!)

Als Beleg meiner binnengerichteten Tabuisierungshypothese möchte ich folgendes Beispiel anführen, das mir (sehr höflich ausgedrückt) als ein unangenehmer Baustein zu meinen vorherigen Hypothesen aufgestoßen ist.

Auf der Webseite der DGSP hat der Vorstand [Anmerkungen](#) über den Vortrag von Fr. Dr. Conen zur Jugendhilfe publiziert. Fr. Conens Vortrag wird seitens des Vorstands im Anschluss an die übliche selbstlobende Suada (konstruktive Auseinandersetzung, intensiver innerverbandlicher Diskurs, den wir selbst an vielen Stellen anregen und fördern) u.a. als despektierlich und schlechter Stil bezeichnet.

Inhaltlich möchte der Vorstand dagegen explizit zu dem Vortrag von Fr. Conen nicht Stellung nehmen, sondern hat dazu die Herren Langner und Schweitzer vorgeschickt.

Vermutlich soll die explizite, inhaltliche Nicht-Stellungnahme des Vorstands und die kollegiale Delegation der kommunikativen ‘Strafexpeditionen’ mit inhaltsbefreiten Vorwürfen, Anklagen, die bei Hrn. Prof. Schweizer zudem in weiten Teilen aus unerträglichen Verleumdungen bestehen und in alarmistisch-vorwurfsvollem Ton vorgetragen werden, wieder einmal mehr eine beispielhafte Illustration der

vorstandlichen Förderung der kritischen, innerverbandlich geförderten Diskurse sein, oder wie soll ich das bitte deuten?

Jenseits meines dbzgl. milden Spottes verstehe gerade diese explizit inhaltsverweigernde Stellungnahme des Vorstands als ein beachtliches Beispiel dafür, wie man gerade kritische Dialogangebote (in diesem Falle von Fr. Conen) nicht nur abwertet und herabwürdigt, sondern (und das ist entscheidend) damit eine innerverbandlichen Quietismus-Demarkationslinie, sozusagen einen „Eisernen (Meta-)Kommunikations-Vorhang“ zu markieren versucht.

Diejenigen, die in der DGSF den Mund aufmachen (und dann auch noch öffentlich vor einigen Nicht-Verbands-Mitgliedern, oh, la, la, „quel scandale“) und wenn auch nur freundliche und leise innerverbandliche Kritik an der DGSF üben, werden öffentlich vorgeführt, gedisst und mit einem ‚shaming‘ des Vorstandes überzogen.

Ich kann nur hoffen, dass diese ‚Vorständeleien‘ nach Gutsherrenart Fr. Conen wenig beeindrucken werden und sie eine entsprechende Antwort verfasst. Aber für die breite Masse der nicht prominenten Verbandsmitglieder geht von solchen Quietismusverschreibungen eine deutliche Meta-Botschaft aus, nämlich zukünftig bzgl. innerverbandlicher Kritik und insbesondere an den gewählten Entscheidungseliten den Mund zu halten.

Also das Gegenteil dessen, was der Vorstand nach seinem Selbstverständnis doch eigentlich politisch zu fördern vorgibt.

Das lässt sich auch an den bisherigen ‚Nullstellungnahmen‘ aus der Mitgliedschaft zu dieser Angelegenheit auf der entsprechenden Webseite der DGSF ablesen. Kurzum dem Vorstand ist es (vorerst!) effektiv gelungen, mit seiner „Peacemaker-Intervention“ binnenpolitisch-kommunikative Totenruhe herzustellen.

Nun ist dieses Vorgehen des Vorstands aber nicht als ein politisches Versehen oder als tagespolitische Ungeschicklichkeit oder als ein singulärer Ausrutscher zu bewerten oder gar unprofessioneller Emotionskontrolle zuzuschreiben, sondern es ist die prototypische Paradeinterventionen einer „good-governance“. Die sich auch noch als vermeintlich, freundliches face to face Kommunikationsangebot mit Podiumsdiskussionsangebot aus dem politischen Arsenal der herrschenden Blockparteien ableitet.

Deshalb sind die Anmerkungen der Kollegin Conen über Parteimitgliedschaften von Vorstandmitgliedern auch besonders begrüßenswert, damit diese Zusammenhänge zwischen externer Parteimitgliedschaft und dem Import deren Governancearsenal in die DGSF transparent werden.

Ich bin deshalb gespannt, wann und in welchem Kontext mit welchen inner- und außerverbandlichen Kritikern diese Diskussion stattfinden soll und wie darüber dann publiziert werden soll.

Es kommt hinzu, dass mich diese Kommunikationsquietismusversuche des Vorstands und das pseudofreundliche Eindreschen auf einen Ex-Vorstand und nicht überrascht, da der Vorstand auch schon früher bei anderen Mitgliedern kommunikative ‚Schweigegelübde‘ zu erzwingen versucht und als einvernehmliche Lösungen zu qualifizieren versucht hat. (Darüber wird zeitnah zu berichten sein.)

D.h. es scheint sich nach meinen Erfahrungen in diesem Falle bzgl. eines mehr oder

weniger direkten, politischen Schweigeeinschüchterungsversuchs nicht um eine Singularität, sondern um eine Wiederholungstäterschaft zu handeln, also das, was man im systemischen Feld als (Meta-)Muster bezeichnet.

Das bedeutet, der Vorstand exekutiert in seinen binnenbezogenen Tabuisierungswünschen zumindest gegenüber den kritischen Mitgliedern (und besonders wenn diese öffentlich u.a.a. mit innerverbandlicher Kritik den Mund aufmachen) das Gegenteil von dem, was der Vorstand nach außen politisch propagiert und fordert. Dies könnte auf dem Feld der binnenpolitischen Reflexionskompetenz auf eine Kohärenz-, Authentizitäts- und Glaubwürdigkeitslücke schließen lassen.

Die Einlassung des Vorstandes Fr. Dr. Conen habe sich nicht an das vereinbarte Thema gehalten, zeugt von einem abenteuerlichen Bevormundungs- und Kontrollwahn seitens des Vorstandes. Auf welches tiefenstrukturelle Beziehungsangebot von Vorstand zu Mitgliedern lässt das schließen, und was sollte das noch mit systemischen Autonomie- und Partizipationsvorstellungen zu tun haben?

Wie ist das zu erklären? Waren doch zentrale Gründungsparadigmen der systemischen Bewegung die Kategorien „Kontext“ und „Meta-Kommunikation“. Beide Kategorien waren politische Kategorien (vgl. [Ruesch, Bateson 1999](#)), die eine Analyse und Aufhebung von Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen zugunsten von partizipativer Gleichheit, Freiheit, Autonomie und Transparenz zum Ziel hatten. Allerdings wurde der emanzipative gesellschaftspolitische Kern dieser Kategorien in systemischen Lehrbüchern und somit auch im systemischen Feld getilgt und durch unpolitische Begriffskategorien zur Beschreibung von Beziehungsangeboten in Kleingruppen Nahfeldern ausgetauscht (vgl. bspw. [Simon, Clement, Stierlin 1999](#); [Schlippe, Schweitzer 2012](#)).

Es ist deshalb weder überraschend noch zufällig, dass Hr. Prof. Schweitzer in der vordersten Frontlinie der Protagonisten der kommunikativen Strafexpedition gegen Fr. Dr. Conen wiederzufinden ist.

Das wiegt im Falle von Hr. Prof. Schweitzer deshalb besonders schwer, da er als Sprecher der AG Gesellschaftspolitik die gesellschaftspolitischen Zielrichtungen der DGSF repräsentiert.

Wenn also aus dem bisherigen Vorgehen seitens des Vorstandes und weiterer Entscheidungs- und Funktionseliten gegen Fr. Dr. Conen die Tabuisierung und Exekutierung eines kritischen Binnenblicks seitens der Mitglieder (und den daraus ableitbaren strukturellen Verbandsdemokratisierungen) den gesellschaftspolitischen Binnenvorstellungen der DGSF entsprechen sollte, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, dass man von einer Erdoganisierung der DGSF sprechen sollte.

Einer solchen Entwicklung müsste man sich mit allen Kräften und Mitteln entgegenstemmen, denn solchen einäugigen, binnenentmündigenden nur auf die Außenperspektive eingeschränkten Perspektiven, Strukturen und einer weiteren Mitgliedervormundschaft seitens Vorstand als Funktionseliten sollte man in dem größten systemischen Verband nicht durchgehen lassen.

Ich würde mir zunächst wünschen, dass der DGSF Vorstand zeitnah seine publizierte Kritik an Fr. Dr. Conen ausführlich inhaltlich begründet und, dass Hr. Prof. Schweitzer

seine inhaltsleeren Angriffe ebenfalls inhaltsbegründet nachbessert.

Zusammenfassend

möchte ich noch einmal die vom Vorstand gestärkte Förderung eines gesellschaftspolitisch, kritischen Außenblicks begrüßen! Diesbezüglich stehe ich auf Seiten des Vorstands, der jedoch die selbstreflexiven, politisch-kritischen Binnenblicke genau so stark fördern muss wie die gesellschaftspolitischen Blicke nach außen.

Hingegen sind explizite, inhaltbefreite Entgleisungen, Einschüchterungsversuche des Vorstands gegenüber Mitgliedern bzgl. eines kritischen Binnenblicks zu indizieren. Der Vorstand, als die gewählte Funktions- und Entscheidungselite, ist in diesem Zusammenhang sehr deutlich daran zu erinnern, von wem er ein zeitbegrenztes Mandat bekommen hat, wem er dienen soll, wer seine Mittel aufbringt und wer die Eigner der Strukturen sind, deren Funktionen er zeitbegrenzt bekleidet, damit nicht das weiter um sich greift, was [Welzer \(2016\)](#) als die Angriffe der „smartem Diktatur“ auf die Freiheit beschrieben hat.

Wenn sich überhaupt schon irgendjemand für sein politisches Tun und Lassen zu rechtfertigen hätte und wenn es überhaupt schon irgendetwas politisch und gesinnungsmäßig zu bewerten gäbe, dann sind das ganz sicher eher der Vorstand und die weiteren Funktions- und Entscheidungseliten, als die (vortragenden) Verbandsmitglieder. Vorstand und Funktionseliten soll(t)en den Verbandsmitgliedern dienen und nicht umgekehrt. Die Aufgabe der Funktionseliten ist u.a. die kritisch-politischen Dialoge der Mitglieder zu fördern und ihnen Gehör zu verschaffen und keine 'Anschnitte' nach Gutsherrenart auszuteilen.

Denn die Verbandsmitglieder sind keine Esel, die vom Vorstand und Funktionseliten nach Belieben und dann auch noch öffentlich an den Pranger gestellt und kommunikativ geprügelt werden können. Hingegen liegt es in der Stellen- und Funktionsbeschreibung der gewählten Eliten, dass sie sich inhaltlich begründeter, politischer Kritik inhaltlich zu stellen haben und sich nicht auch noch 'ex cathedra' inhaltlicher Er widerungen entziehen können, wie sie es von one-up zu one-down getan haben. Wenn Vorstand und weitere Funktionseliten Binnenkritikfreundlichkeit nicht garantieren und leisten können oder gar verhindern wollten, dann sollten sie die Konsequenzen ziehen und sich zeitnah von ihren Funktionen zurückziehen.

Wie kommen diese Verbandseliten überhaupt auf die abstruse Idee, dass sie das Engagement der Mitglieder (abwertend) zu bewerten und zu beurteilen hätten und darüber hinaus auch noch mit den Mitteln der Mitglieder abwertenden Angriffe auf ihre Geldgeber und Wähler realisieren könnten? Haben sie dieses Verhalten in ihren außerverbandlichen parteipolitischen Kontexten gelernt und in den Verband importiert? Den Funktionseliten sollte bitte sonnenklar sein, dass diese Epochen 'Tempi passati' sind. Sollte das noch nicht klar geworden sein, dann sind Funktionäre zukünftig deutlich, wiederholt und öffentlich an diese basalen Selbstverständlichkeiten zu erinnern.

Sollten Vorstand und weitere Entscheidungseliten dazu andere Sichtweise haben, haben sie diese politischen Binnendiskurse partizipativ zu fördern, zu organisieren

und vor allem sich diesen Diskursen durch ihre inhaltliche Erwiderung zu stellen.

Mit kollegialen Grüßen

Peter-W. Gester